



Joachim Schnürle/unsplash

# NOT MACHT ERFINDERISCH

## Nach Jahren des billigen Geldes sieht sich die Politik neuen Sparzwängen ausgesetzt

Die Welt scheint wieder in Ordnung. Nach Jahren, in denen die Lösung politischer Probleme primär daraus bestand, diese mit Geld zuzuschütten, kann Christian Lindner endlich wieder dem liebsten Hobby deutscher Finanzminister nachgehen, dem Sparen. Die Jahre der lockeren Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sind vorbei. Zinsen steigen ebenso wie die Preise und damit die Kreditkosten. Die Wirtschaft stagniert nach einer kurzen Phase der Erholung. Damit rücken Verteilungsfragen und -konflikte noch stärker in die öffentliche Wahrnehmung, versäumte strukturelle Maßnahmen rächen sich und die Lösung der großen Krisen wird schwieriger. Auf globaler Ebene finden weitreichende Reformvorschläge neuen Aufwind.

**A**m 11. Mai stellte der Bundesfinanzminister die neueste Steuerschätzung für die Jahre bis 2027 vor. Die Botschaft, die darüber medial transportiert wurde, war: Die Einnahmen brechen ein. 150 Milliarden Euro weniger stünden für die nächsten fünf Jahre bereit. Vorschläge, wo man am besten sparen sollte, schossen schnell ins Kraut. Übersehen wurde im kommunikativen Rauschen vielerorts, dass die Rückgänge keineswegs unumgänglich sind, sondern die direkte Folge von Steuererleichterungen, die mit jährlich rund 34 Milliarden veranschlagt werden. Dass Deutschland seine finanziellen Ressourcen nicht zu Genüge ausschöpft, gehört mittlerweile zumindest international zum ökonomischen Mainstream. Selbst des Sozialismus wenig verdächtige Organisationen wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) benennen Handlungsspielräume in Sachen mobiler und immobiler Vermögenswerte und Erbschaften, und noch wichtiger in Sachen Schuldenbremse. Tatsächlich ist nur schwer vorstellbar, wie die großen Herausforderungen vom Ausbau erneuerbarer Energien bis zur Digitalisierung gemeistert werden sollen, ohne dass der Staat die schwächelnden Investitionen aus der Wirtschaft ausgleicht.

### Schwierig in Deutschland, global katastrophal

Was für Deutschland schwierige Zeiten und für viele Bürger realistische Abstiegsorgen bedeutet, wird für viele Länder und deren Bewohner sowie für die globalen Ökosysteme existenzbedrohend. Klimaschutz und -anpassung werden mit jedem Jahr unangemessener Maßnahmen immer teurer. Die Finanzierungslücke zur Umsetzung der Beschlüsse im Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal wird auf grob 700 Milliarden US-Dollar jährlich beziffert. Die Mittel für die internationale Zusammenarbeit werden dabei nicht mehr. Angesichts der scheinbaren Sparzwänge und zusätzlicher Aufgaben in Folge von Russlands Krieg in der Ukraine dürften die dem Bundesentwicklungsministerium im Haushalt 2024 bereitgestellten Mittel ungenügend ausfallen (auch wenn der entsprechende Haushaltsentwurf zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch fehlt).

Demgegenüber stehen flehentliche Bitten des UN-Generalsekretärs vom Februar, die Welt – d.h. primär die reichen Länder – müsste kurzfristig ca. 500 Milliarden US-Dollar jährlich bereitstellen, wenn die Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, deren Halbzeitbilanz diesen Sommer ansteht, noch eine halbwegs realistische Chance auf Umsetzung haben sollen. Ein Versagen bedeutet die Verletzung von Menschenrechten und extreme Armut für Millionen. Weil António Guterres weiß, dass er sich kaum Hoffnungen auf zusätzliche Haushaltsmittel seiner Mitgliedsländer machen kann, macht er Vorschläge, wie auch ohne diese neue Spielräume entstehen könnten: Die im Zuge der Zinswende der wichtigsten Zentralbanken enorm gestiegenen Kosten für

die Staatsverschuldung im Globalen Süden will er durch Umschuldungsinitiativen senken. Den multilateralen Entwicklungsbanken soll durch Lockerung ihrer Eigenkapitalvorschriften mehr Spielraum für langfristige Kreditvergaben verschafft werden. Zuletzt sollen finanzielle Puffer durch nachfrageorientierte Schöpfung von Sonderziehungsrechten ermöglicht werden.<sup>1</sup>

### Sparen, aber richtig

Die gute Nachricht könnte nun sein, dass sich zumindest die Bundesregierung keinesfalls in einer ausweglosen Situation befindet. Zum einen gibt es durchaus Möglichkeiten, die staatlichen Einnahmen so zu erhöhen, dass damit zugleich positive Verteilungswirkungen entfaltet würden. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit rechnet vor, wie in den letzten drei Jahrzehnten zahlreiche Steuerreformen dafür gesorgt haben, dass große Vermögen und hohe Vermögenseinkommen einen immer kleineren Beitrag zum Steueraufkommen leisten als Arbeitseinkommen und Konsum. Die „Gerechtigkeitslücke“ beziffert das Netzwerk im Jahrbuch Steuergerechtigkeit 2023 auf ca. 75 bis 100 Milliarden Euro für 2022. Zugleich bringt die Bundesrepublik enorme Summen für umweltschädliche Subventionen auf. Das Umweltbundesamt schätzt diese für 2018 (neuere Zahlen liegen gegenwärtig nicht vor) auf über 65 Milliarden pro Jahr – und das vor den gewaltigen Anstiegen im Kontext von COVID-19 und Energiekrise. Die in der Steuerschätzung Lindners genannten Lücken ließen sich also um ein Vielfaches kompensieren. Ähnliches gilt auch auf globaler Ebene. Allein 500 Milliarden US-Dollar der kalkulierten Finanzierungslücke von 700 Milliarden für den Schutz der biologischen Vielfalt gehen auf biodiversitätsfeindliche Subventionen zurück.

Auch auf der Einnahmenseite liegen zumindest Vorschläge auf dem Tisch, die für zusätzliche fiskalische Spielräume sorgen könnten. António Guterres' kurz- und mittelfristigen Vorschläge wurden schon



## Gerade im Financing for Development Prozess könnten sich weitreichende strukturelle und im weitesten Sinne nachhaltige Veränderungen der globalen Finanzarchitektur ergeben.

erwähnt. Im Juni hat er nachgelegt.<sup>2</sup> Unter anderem basierend auf einem weitgehend unbeachteten Bericht des sog. High-level Advisory Board on Effective Multilateralism<sup>3</sup> hat er weitreichende Vorschläge zur Reform der internationalen Finanzarchitektur erarbeitet.

### Jenseits kurzfristiger Lösungen

Auch wenn man sich die insgesamt über 50 Ideen und Vorschläge nicht alle zu eigen machen muss, so sind sie doch bemerkenswert: Sie kratzen an der Stimmehrheit der OECD-Länder in den Entscheidungsgremien von IWF und Weltbank. Sie kritisieren die bestehenden Instrumente zur Lösung von Schuldenkrisen als unzureichend und enthalten Empfehlungen für institutionelle und technische Innovationen. Sie hinterfragen das Mandat der Weltbank und empfehlen eine Ausweitung der Entwicklungs- und Klimafinanzierung. Es werden Vorschläge zur Verhinderung von Zahlungsschwierigkeiten gemacht (bspw. durch die Etablierung ständiger sog. swap lines, über die Zentralbanken heimische Währung gegen Devisen wie den US-Dollar tauschen können). Die globale Finanzmarktstabilität soll verbessert werden durch bessere Regulierung und Überwachung. Zuletzt werden Anregungen gemacht, wie sich das globale Steuersystem gerechter ausgestalten lässt – auch jenseits der (unzureichenden) Vorschläge von OECD und G20.

Alle diese Vorschläge passen gut zu den Forderungen zivilgesellschaftlicher Organisationen, die diese schon seit Jahren bspw. im Kontext des Financing for Development-Prozesses bei den Vereinten Nationen erheben. Unterschiede gibt es aber in der Radikalität der angestrebten Reformen und darin, wem welche Rolle nach ihrer Umsetzung zugestanden wird. Leider verharret der Generalsekretär noch zu sehr im institutionellen Status quo. Die Organisationen, die sich im Civil Society Financing for Development Mechanism zusammengeschlossen haben, hingegen erwarten keine wirksamen Reformen von

genau denjenigen, die diesen seit Langem entgegenstehen. Statt bspw. darauf zu hoffen, dass G20 und OECD Reformen im internationalen Steuerrecht beschließen, die auch denjenigen zugutekommen, die nicht Mitglieder in diesen exklusiven Clubs sind, setzen sie auf die Ansätze zu einer internationalen Steuerkonvention, wie sie seit November 2022 nach einem Beschluss der UN-Generalversammlung langsam Kontur annehmen. Hier kann sich António Guterres nicht zu einer eindeutigen Position durchringen.

Während diese Diskussion hierzulande eine unter Expertinnen und Experten ist, wurde sie aktuell in der Schweiz im Kontext eines Volksentscheids engagiert geführt. Auch dort sprachen sich Organisationen und Netzwerke wie Public Eye oder Alliance Sud gegen eine Umsetzung der OECD/G20-Vorschläge aus, weil sie nicht im Interesse der Schweizer Bevölkerung und der Menschen in den Ländern des Globalen Südens seien.<sup>4</sup>

### Die globalen Diskussionen nehmen Fahrt auf

Weil die Regierungen jenseits ihrer Haushalte nach Lösungsansätzen suchen, betonen sie derzeit gerne – bspw. beim von Emmanuel Macron lancierten Summit for a New Global Financial Pact am 22./23. Juni in Paris<sup>5</sup> oder in der sog. Bridgetown Agenda – Ansätze, mit denen privatwirtschaftliche Vermögenswerte umgesteuert werden können. Auch wenn es prinzipiell nicht falsch ist, die Hunderte Billionen schweren Fonds von Gesellschaften wie Blackrock und Co. nutzbar zu machen, fällt den Regierungen außer verhältnismäßig schwachen und oft freiwilligen Ansätzen im Rahmen „nachhaltiger Finanzanlagen“ und De-facto-Subventionen durch die Übernahme von Investitionsrisiken nicht viel ein. So werden wertvolle Haushaltsmittel zwar rechnerisch mehr, fehlen aber zugleich für nicht renditeträchtige Investitionen und sorgen, weil private Investitionen immer auch Gewinne erwirtschaften müssen, für Mittelflüsse in die falsche Richtung. Selbst interes-

sante Instrumente wie die Nutzung von IWF-Sonderziehungsrechten (vgl. z.B. Rundbrief 1/2022, S. 70) könnten den aktuellen Diskussionen zufolge zu neuen Schulden führen. Zumindest dann, wenn sie im Rahmen von IWF-Fonds verzinst zur Verfügung gestellt werden.

Es wird also noch viel zu diskutieren sein. Anlässe dafür bieten sich gerade auf globaler Ebene zuhauf. Neben dem Gipfel in Paris verhandeln die UN-Mitglieder momentan im Rahmen des High-level Political Forum on Sustainable Development im Juli unter Schirmherrschaft des UN-Wirtschafts- und Sozialrats und im September unter dem Dach der Generalversammlung beim sog. SDG-Summit. 2024 findet der Summit of the Future statt, in dessen Ergebnisse neben dem genannten Bericht des High-level Advisory Board auch ein Papier des UN-Generalsekretärs zur globalen Finanzarchitektur einfließt (erscheint vrstl. im Juni 2023). Nicht zuletzt beginnen voraussichtlich ab Herbst die Vorbereitungen für eine 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, die 2025 stattfinden soll. Gerade im Financing for Development Prozess, aus dem bspw. die Diskussionen über die Steuervermeidungs- und -hinterziehungspraktiken von transnationalen Konzernen hervorgegangen sind, könnten sich weitreichende strukturelle und im weitesten Sinne nachhaltige Veränderungen der globalen Finanzarchitektur ergeben. Ohne solche werden einzelne Länder und die internationale Gemeinschaft zumindest absehbar nicht in der Lage sein oder sich dazu befähigt fühlen, die nötigen finanziellen Antworten auf die Vielzahl globaler Krisen zu formulieren.



*Wolfgang Obenland*

Der Autor leitet zusammen mit Nelly Grotefendt den Arbeitsbereich „Marktmacht und Finanzen“ beim Forum Umwelt & Entwicklung.

- 
- 1 United Nations (2023): UN Secretary-General calls for radical transformation of global financial system to tackle pressing global challenges.
  - 2 Plattform Transformative Finanzpolitik (2023): Reform der internationalen Finanzarchitektur
  - 3 High-Level Advisory Board on Effective Multilateralism (2023): A Breakthrough for People and Planet.
  - 4 Alliance sud (2023): Keine Wellness für Konzerne.
  - 5 Sommet pour un nouveau pacte financier mondiale.

# RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung



2/2023

## DURCHBRUCH? EIN NEUES ABKOMMEN ZUM SCHUTZ DER BIOLOGISCHEN VIELFALT

### ZUM EWIGEN NISCHENTHEMA VERDAMMT?!

Schutz der Biodiversität trotz  
Inflation, Krieg in der Ukraine  
und Energiekrise

› Seite 9

### EIN GLOBALES ABKOMMEN MIT OFFENER RECHNUNG?!

Die Finanzierung des KMGBF ist  
zwar beschlossen, aber noch  
nicht sicher

› Seite 16

### BIODIVERSITÄTSZIELE WERDEN OHNE GERECHTIGKEIT NICHT ERREICHT WERDEN

Eine Bewertung des KMGBF aus  
der Perspektive des Südens

› Seite 20

### VOM RECHT AUF NATUR ZU DEN RECHTEN DER NATUR

Internationale Anerkennung der  
Natur als Rechtssubjekt für die  
Erhaltung der Biodiversität

› Seite 29